

## Legende

**Von verheerenden Folgewirkungen einer gigantischen Umverteilungspolitik mittels der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und danach mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge**

Eingeladen (Mai 2017)

**Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:  
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

Vorsitzender des Rates der EKD

**Herr Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm**

Erzbischof von Köln

**Herr Rainer Maria Kardinal Woelki**

Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU

**Herr Horst Lorenz Seehofer**

Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

**Frau Katrin Dagmar Göring-Eckardt**

Bundsvorsitzende der Freien Demokratischen Partei,

**Herr Christian Lindner**

**Stärkung des Rechtsstaates überfällig ?**

**FDP, quo vadis? Herr Bundesvorsitzender**

Mai 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/FDP2017-0.pdf>

**Maischberger-Sendung über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV**

Mai 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

**System Deutschland sanierungsbedürftig ?**

Feb. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

**Unverzichtbar: Rehabilitierung und Schadenersatz**

nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge.

**Der Betroffene ist Opfer** politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

**unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung**

**(Zerschlagung 1) und**

**unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung**

**(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)**

**und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**(Zerschlagung 3)**

**unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Klärer)**

**(Zerschlagung 4)**

wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)  
wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Täter, Mittäter und Mitwisser (Zerschlagung 6)  
Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):

**„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“**, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen. Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen.**  
Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

### **Zerschlagung 1:**

**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz mit Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

**Zerschlagung 2:** mit kausalem Zusammenhang zu Zerschlagung 1  
**Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

**Zerschlagung 3:** unter Verantwortung  
**Öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

**Zerschlagung 4:** unter Verantwortung  
**sozialer Pflichtversicherungen, Verweigerung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch verursachten Notlage, mit der dadurch verursachten Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

### **Zerschlagung 5:**

**Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften**

Klageerzwingungsverfahren am BGH und  
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

### **Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung am Verwaltungsgericht Berlin**

**Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und**

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

**Erweiterte Verfassungsbeschwerde, weil kein Zugang zum Grundgesetz seit 2010 (verfassungswidriger Dauerzustand) vor dem Hintergrund von politisch motivierten und psychischen Zerschlagungen**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf>

Vom verwaltungsgerichtlichen Verfahren abgetrennt:

**Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, nach Planung einer gigantischen Umverteilungsoperation**

mit verheerenden Folgewirkungen des Monster-Markteingriffs (rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000) und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-LG.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

Zivilgerichtliche Klage gegen den Freistaat Bayern Stand 2017

**Klage wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag, wegen kapitaler Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit**

**Kausaler Zusammenhang zwischen zwei politisch motivierten Zerschlagungen:**

**1. Zerschlagung unter Verantwortung der deutschen**

**Bundesregierung (1, Zerschlagung 1),**

**2. Zerschlagung unter Verantwortung der bayerischen**

**Staatsregierung (2, Zerschlagung 2):**

Kläger, selbst Opfer politisch motivierter Zerschlagung unter Verantwortung von (1), ist einziger Rechtsnachfolger seines verstorbenen Bruders, Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge unter Verantwortung von (2)

Konzertierte Aktion von

Bundesregierung Deutschland und Bundesland Bayern mit politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers und seines verstorbenen Bruders, von bayerischer Verwaltung und Verwaltungsjustiz wissentlich und gnadenlos ausgenutzt,

vom beklagten Bundeskanzleramt seit Jahren wissentlich unterdrückt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Verwaltungsgerichtliche Klage gegen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (WDR Nov.2016, Zerschlagung 3)

**Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmaßnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht**

**wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage**  
infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe  
infolge politisch motivierter Zerschlagungen des Klägers und seines  
Bruders mit Todesfolge (Kläger ist einziger Rechtsnachfolger des  
Verstorbenen)

**unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland**  
(vertreten durch das Bundeskanzleramt) für politisch motivierte  
Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

**unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern**  
(vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-  
jährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod mit kapitalen  
Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-  
Vergangenheit

**unter Mitverantwortung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks  
(ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender  
Kommunikationsverweigerung seit 2007**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

**Politisch motivierte Zerschlagung durch die beklagte  
Bundesregierung und die ganze Republik schaut zu:  
Der Deutsche Bundespräsident seit 2010  
Der Deutsche Bundestag seit 2010  
Das Bundesverfassungsgericht seit 2010  
Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten seit 2007**

Der Kläger hat keine Mühe gescheut, alle Staatsorgane und die  
führenden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland über die  
unerhörten Vorgänge der politisch motivierten Zerschlagung zu  
informieren. Es ist längst an der Zeit, dass die politisch motivierte  
Zerschlagung von der deutschen Justiz nicht mehr mit verwerflicher  
Klageverstümmelung (verfassungswidrige Verweigerung rechtlichen  
Gehörs) übergangen wird.

**Das ist staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie  
durch Unterdrückung oder Ignoranz entscheidungsrelevanter  
Beweisunterlagen,**

von qualifiziertem, umfangreichem Beweismaterial aus dem  
Congressmesse-Archiv in den Ordnern 0, 1, 2, 3, 4 und separater  
Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände aus 2000 als Muster  
des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen  
Congressmessen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde vorgelegt bei  
**27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14)**  
**27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (VG 27 K 308.14)**  
**2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)**  
**18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)**  
**III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)**  
**BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16)**

## > > > Politisch motivierte Zerschlagung und die Deutschen Bundespräsidenten seit 2010 schauen zu

Schreiben an **Bundespräsident Horst Köhler** vom 25.05.2010 -  
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010  
**zurückgetreten**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Schreiben an **Bundespräsident Christian Wulff** vom 14.07.2010 -  
Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Drei Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck**

Erstes Schreiben vom 12.03.2013:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht  
vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Zweites Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom  
28.03.2013:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12  
(Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom  
15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Drittes Schreiben an den **Bundespräsidenten Joachim Gauck** vom  
10.04.2013:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12  
(Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom  
15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

## > > > Politisch motivierte Zerschlagung und Der Deutsche Bundestag seit 2010 schaut zu

**Petition an den Deutschen Bundestag**

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des  
Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010  
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation,  
Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom  
28.05.2010

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom  
03.01.2011:

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-  
Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung,  
Wutbürger .....

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

**Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)  
Pet 1-17-09-703-005442**

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10** wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

**Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt**

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

**> > > Politisch motivierte Zerschlagung und das Bundesverfassungsgericht seit 2010 schaut zu (mit Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung):**

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10** wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

**Verfassungsbeschwerde vom 21.10.2011  
(1 BvR 2937/11 und 2 BvR 2547/11)**

gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie systemischer Grundrechtsverletzungen der anschließenden Gerichtsverfahren mit Zwangsversteigerung des Geschäftshauses unter Beteiligung des Landgerichts Wuppertal (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren)

mit Kapitel 01-31 im Oktober 2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung, daher Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR

**Anrufung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte EGMR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und massive staatliche Diskriminierung in einem nicht vorstellbaren Ausmaß**

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze vom 09.03.2012, 24.04.2012, 17.06.2012)

12 Jahre verheerende Folgewirkungen und Diskriminierung seit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (weitere Kapitel in fortlaufender Nummerierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung offensichtlich unter deutscher Einflussnahme gemäß der Verweigerungshaltung gegen Überlassung an den EGMR.

**Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 (2 BvR 397/13)  
gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers  
im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen**

**Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)**  
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und  
totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher  
(Bundesrepublik Deutschland)

Hier: Treib- und Hetzjagd der öffentlich-rechtlichen  
Rundfunkanstalten, vertreten durch die Stadt Velbert, gegen Opfer der  
staatlichen UMTS-Auktion 2000

Massiver Verstoß gegen Anspruch auf rechtliches Gehör gemäß  
Art.103 Abs.1 GG, Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne  
Begründung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

**Verfassungsbeschwerde vom 01.02.2014 (1 BvR 2550/14),  
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom  
15.09.2014**

**gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-  
Auktion 2000**

**wegen politisch motivierter Zerschlagung durch vorsätzliche,  
staatliche Diskriminierung nach grob fahrlässiger Zerstörung von  
Lebenswerk und Existenz-Grundlage durch staatliche UMTS-  
Auktion 2000 und mehrfachen Verstoß gegen das  
Telekommunikationsgesetz mit verheerenden Folgewirkungen  
(2-facher Verstoß gegen Art.34 GG)**

Hier: Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen  
Rundfunks (Beklagte) auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000  
(Kläger, Beschwerdeführer),

Verweigerung der Rechtsprechung und eines rechtsstaatlichen  
Verfahrens durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf,  
Oberverwaltungsgericht Münster und Bundesverwaltungsgericht  
Leipzig (Beschwerdegegner),

Exzessive Verletzung von Grundrechten und Gesetzesvorschriften am  
laufendem Bande durch ein chaotisches Gerichtsverfahren eines  
Kammer und Senate

übergreifenden Sondertribunals ohne Vollstreckungsschutz gegen  
Plünderung des Haushaltskontos durch die beklagte Stadt Velbert, mit  
parallelen Beschlüssen aus 3 Instanzen

Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung mit Beschluss  
vom 10.10.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 vom 18.Dezember 2015  
zu Rechtsbeschwerde III ZB 108/15 am Bundesgerichtshof**

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile,  
Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der  
Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung  
**wegen politisch motivierter Zerschlagung**

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000  
und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung,  
Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>



**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16, AR 306/16  
vom 11. Januar 2016**

**zu Rechtsbeschwerde IV ZB 33/15 am Bundesgerichtshof**

Verlust des Krankenversicherungsschutzes infolge verheerender  
Folgewirkungen aus politisch motivierter Zerschlagung  
Missbrauch von begrenzter Prozesskostenhilfe zu künstlichem  
Teilversäumnisurteil (Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch  
motivierter Zerschlagung)

Missbrauch sozialer Exklusion für finale Zerschlagung des Opfers  
politisch motivierter Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16, AR 1204/16  
vom 14. Februar 2016**

zu 2 ARs 349/15, 2 AR 238/15 Bundesgerichtshof

Eskalation politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer  
Zerschlagung mit Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte  
Missbrauch sozialer Exklusion (Verlust der Pflegeversicherung) zur  
psychischen Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

**Verfassungsbeschwerde AR 5737/16  
vom 18. August 2016**

zu BVerwG 6 B 34.16, 6 PKH 17.16 (BVerwG 6 B 29.16, 6 PKH 15.16)  
Doppelbeschluss 2 E 957/14, 2 E 247/16 OVG NRW  
(27 K 6945/13 VG Düsseldorf, 27 K 5854/13 VG Düsseldorf).

Treib- und Hetzjagd der Stadt Velbert und des Westdeutschen  
Rundfunks (Beklagte) auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen,  
der eigenen Zerschlagung und der Zerschlagung seines verstorbenen  
Bruders (Kläger, Beschwerdeführer, Rechtsnachfolger),  
nach Antrag auf Stundung der Rundfunkgebühren und auf Verzicht  
von Zwangsmaßnahmen während laufender Gerichtsverfahren  
nach exzessiver Verletzung von Grundrechten und  
Gesetzesvorschriften am laufendem Bande durch chaotische,  
verwaltungsgerichtliche Verfahren ohne Vollstreckungsschutz gegen  
Plünderung von Pfändungsschutzkonten durch die beklagte Stadt  
Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2038/16 vom 26. August 2016  
wegen Versagung von rechtlichem Gehör**

zu I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,  
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal, III ZB 108/15 BGH Karlsruhe,  
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 und  
Erweiterte Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf  
kammerübergreifende Bewertung der  
Verfassungsbeschwerden 1 BvR 276/16, 1 BvR 928/16, 2 BvR 741/16

**Erinnerungsverfahren wegen Versagung von rechtlichem Gehör  
im bisherigen Verfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe**

unter Verwendung des vorgelegten Beweismaterials (Beweis-Ordner  
0, 1, 2, 3, 4 mit Leihgabe der Congressbände zur Europäischen  
Congressmesse ONLINE 2000 als Muster für professionellen  
Verlagsservice)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-19.pdf>

**Verfassungsbeschwerde AR 8799/16 vom 24.Dezember 2016  
wegen Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige  
Beschwerde gemäß Rechtsbehelfsbelehrung der 1.Instanz**  
zu 2 O 70/15 und 2 O 163/16 LG Wuppertal,  
16 T 317/16 LG Wuppertal, 15 M 1111/16 Amtsgericht Velbert  
nach Versagung von rechtlichem Gehör durch die 2.Zivilkammer des  
zuständigen Landgerichts (Abschiebung trotz Zuständigkeit der  
2.Zivilkammer an 16.Zivilkammer) und  
nach Versagung von rechtlichem Gehör durch die 16.Zivilkammer  
trotz instanzabschließender Anhörungsrüge  
an 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2.Instanz),  
durch Opfer politisch motivierter Zerschlagungen  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe in Folge,  
ohne Zugang zum Grundgesetz seit 2010  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-20.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17 vom 20.Jan.2017  
zu Zerschlagung 1** mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des  
Bundesverfassungsgerichts  
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des  
Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation  
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter Verantwortung der  
beklagten Bundesregierung  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17 vom 18.Feb.2017  
zu Zerschlagung 2** mit kausalem Zusammenhang zu Zerschlagung 1  
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des  
Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis  
in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund  
unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung  
auf seinen Rechtsnachfolger in NRW unter Verantwortung der  
bayerischen Staatsregierung  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

**> > > Politisch motivierte Zerschlagung und der öffentlich-  
rechtliche Rundfunk seit 2007 schaut zu**

Schreiben an **ARD-Vorsitzenden Fritz Raff** vom 09.10.2007 -  
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer  
zur persönlichen Insolvenz  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Email an **alle Intendanten von ARD / ZDF** vom 16.10.2007 -  
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer  
zur persönlichen Insolvenz  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

Schreiben an **ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel** vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag System Deutschland ein Sanierungsfall?  
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:  
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendantin Monika Piel** vom 31.12.2012 und 16.01.2013 (**Rücktritt** Ende Januar 2013)  
Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über  
*27 Jahre Innovation durch Telekommunikation*  
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid  
Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Schreiben an **WDR-Intendant Tom Buhrow** vom 14.06.2013  
Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-,  
Verwaltungs- und Justiz-Skandal  
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

## Presseinformationen

Presseinformationen 01.02.2017  
**System Deutschland sanierungsbedürftig?  
Wer Umverteilte wie Rechtlose behandelt  
und für die Umverteilung verantwortlich ist  
kann nicht Bundespräsident sein**  
(Presseinformationen Nr.4)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1702.pdf>

Presseinformationen 04.04.2016  
**Von politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer  
Zerschlagung, fundamentale Menschenrechte chancenlos**  
(Presseinformationen Nr.3)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1604.pdf>

Presseinformationen 03.02.2016  
**Politisch motivierte Zerschlagung in Deutschland  
und ganz Deutschland schaut zu**  
Staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie durch  
Unterdrückung und Ignoranz qualifizierter, entscheidungsrelevanter  
Beweisunterlagen  
Eskalation politisch motivierter Zerschlagung zu psychischer  
Zerschlagung mit massiver Verletzung fundamentaler Menschenrechte  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1602.pdf>

Presseinformationen 12.08.2013  
**Von Ground Zero zu Ground Zero: Staatliche UMTS-Auktion 2000**  
Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland  
Rechtsstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht und  
höchsttrichterliche Entscheidungen bis heute verweigert  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf>

## Weitere Verfassungsbeschwerden

### Verfassungsbeschwerde

01.02.2014

[gegen Treib- und Hetzjagd auf Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000](#)

wegen verheerender Folgewirkungen, totaler Ausgrenzung und Diskriminierung durch den staatlichen Verursacher (Bundesrepublik Deutschland) und mehrfachen Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes gemäß Telekommunikationsgesetz (TKG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-14.pdf>

### Verfassungsbeschwerde

15.01.2013

[gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers](#)

im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

### Verfassungsbeschwerde

12.02.2013

Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 jetzt auch

Opfer eines [Justizirrtums am Bundesverfassungsgericht](#)

> > > Schriftsatz vom 12.02.2013 (Kapitel 15-22)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

### Verfassungsbeschwerde

11.03.2013

[Vorwürfe der mehrfachen Untätigkeit des Bundesverfassungsgerichts](#)

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland), wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe bayerischer Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers

> > > Schriftsatz vom 11.03.2013 (Kapitel 23-28)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf>

### Verfassungsbeschwerde

22.09.2013

[Verweigerung einer rechtsstaatlichen Rechtsprechung durch unerträgliche Verzögerungen trotz eindeutiger Beweislage durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof](#)

wegen Rehabilitierung des verstorbenen Bruders Wendelin Ockl in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd durch bayerische Verwaltung mit tödlichem Ausgang für den Gejagten (2.Todesopfer)

> > > Schriftsatz vom 22.09.2013 (Kapitel 301-305)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W04.pdf>

### Verfassungsbeschwerde

21.10.2011

gegen gerichtliche Hoheitsakte wegen systemischer Grundrechtsverletzung (grundrechtswidrige Kollateralschäden durch konkurrierende Gerichtsverfahren) im Umfeld verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-10.pdf>

### Schreiben

24.11.2011

[an den Vizepräsidenten und Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgericht](#)

Befürchtungen einer nicht rechtsstaatlichen Behandlung unserer Eingaben zur Verfassungsbeschwerde: UMTS-Auktion 2000 ist politisches Tabu-Thema.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-11.pdf>

## **Beschwerde am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beim Europarat**

**Beschwerde am EGMR** **08.09.2012**  
**(Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte)**

UMTS-Auktion 2000: Unverständnis über weitere Anhörungsresistenz trotz massiver Verstöße gegen Europäische Menschenrechtskonvention.  
Diskriminierung, Verweigerungshaltung und Anhörungsresistenz gegenüber Opfer der UMTS-Auktion 2000

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EGMR-4D.pdf>

Nicht-Annahme zur Entscheidung offensichtlich infolge deutscher Einflussnahme

## **Information an den Bundespräsidenten**

**Wir klagen an** .....**28.03.2013**

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),

wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

## **Information an Ministerpräsidentin und Ministerpräsident des Landes NRW**

**Wir klagen an** .....**28.03.2013**

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland),  
wegen unglaublicher Verwaltungsübergriffe der bayerischen Verwaltung und bayerischer Verwaltungsjustiz auf den verstorbenen Bruder des Beschwerdeführers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Ministerpraesidentin-NRW.pdf>

## **Innovationswachstum in NRW, Deutschland, Europa**

EuroOnlineNRW, Breitband-Internet: Eine Herausforderung für die gesamte Landesregierung

Unsere Schreiben sind auch im Internet einsehbar:

1. Schreiben: Innovationswachstum

in NRW, Deutschland, Europa 28.06.2005

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2. Schreiben: Initiative EuroOnlineNRW 02.08.2005

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

## Petition an den Deutschen Bundestag

### Wir klagen an

28.05.2010

Bitte an den Bundestagspräsidenten um Unterstützung unserer Petition beim Deutschen Bundestag  
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und totaler Anschluss-Diskriminierung durch den Verursacher (Bundesrepublik Deutschland)  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

### Petition Pet 1-17-09-703-005442.....seit März 2010

wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet2806.pdf>  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

### Verfassungsbeschwerde

16.11.2010

### wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitions-Grundrechtes

Petition Pet 1-17-09-703-005442  
wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag zur staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>  
Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung

## Außergerichtlicher Vorschlag an Bundeswirtschaftsminister ohne Beantwortung

**Wäre es nicht besser für Deutschland**, den Schadenersatz außergerichtlich zu vereinbaren und in ein Centrum für Innovationstransfer und Innovationseffizienz (Rehabilitierungsanspruch) zu investieren?  
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation  
wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000  
Schreiben vom 25.08.2011 an **Dr. Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

## Informationsarbeit wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000

### Schreiben vom 19.01.2013 an ZDF-Intendant Dr. Thomas Bellut

Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht:  
Liquidierung der UMTS-Opfer, Leistungsträger mit Weltklasse-Höchstleistungen zum Sozialfall diskriminiert:  
Wir können uns selbst den Rundfunk-Beitrag nicht mehr leisten!  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ZDF1301.pdf>

### Schreiben vom 16.01.2013 an WDR-Intendantin Monika Piel (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfeaufruf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über  
**27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**  
Einspruch gegen GEZ-Bescheid  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**Schreiben vom 14.06.2013 an WDR-Intendant Tom Buhrow**

Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

***27 Jahre Innovation durch Telekommunikation***

Widerspruch gegen Gebührenbescheid

Opfer der staatlichen UMTS-Auktion wollen keinen Nachlass der  
Rundfunkgebühren, sondern Stundung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>